Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6524

11. 12. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Rolf Kutzmutz, Dr. Barbara Höll, Dr. Christa Luft, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zu der vereinbarten Debatte zu Substanzsteuern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. dem Deutschen Bundestag auf der Grundlage der Erkenntnisse einer einzusetzenden Enquete- bzw. Untersuchungskommission zur Reform der Kommunalfinanzierung bis zum 30. September 1997 einen Vorschlag für eine umfassende Reform der Kommunalfinanzierung vorzulegen, der auch sicherstellt, daß die Unternehmen weiterhin an der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur entsprechend den veränderten Bedingungen beteiligt werden;

2. eine Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer erst dann vorzusehen, wenn

   - sie integraler Bestandteil einer umfassenden Reform der Kommunalfinanzierung ist,
   - im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland eine institutionelle Garantie für die Gewerbeertragsteuer verankert ist,
   - gemeindekonkret ein vollständiger Ausgleich für die aus der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer resultierenden Einnahmeausfälle in den Gemeinden gesichert ist und
   - die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, die vor allem zur weiteren Steuerentlastung großer, kapitalkräftiger Unternehmen führt, nicht durch Steuererhöhungen für die Allgemeinheit, insbesondere der Umsatzsteuer, „erkauft" wird;

3. die Aussetzung der Gewerbekapitalsteuer in Ostdeutschland bis zum 31. Dezember 1997 zu verlängern. Dazu ist unverzüglich ein entsprechender Antrag bei der Europäischen Union zu stellen. Den ostdeutschen Kommunen ist ein angemessener Ausgleich für entgangene Einnahmen durch Ausreichung einer Investitionspauschale, die durch die Rückholung von Nach-

forderungen aus dem Verkauf der Banken der DDR finanziert wird, zu gewähren.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Dr. Uwe-Jens Rössel
Rolf Kutzmutz
Dr. Barbara Höll
Dr. Christa Luft
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333